

6 Übergreifende Handlungsfelder und Maßnahmen

Potsdam befindet sich bereits in dem Prozess einer Transformation hin zu einer Stadt, in der der Klimaschutz eine herausragende Rolle spielt. Eine Veränderung des Selbstverständnisses und des städtischen Leitbilds ist bereits im Gange, wenn auch nicht immer und für alle als solche sichtbar. Indizien für diesen Transformationsprozess gibt es aber, wie z. B. die Institutionalisierung des Klimaschutzes auf verschiedenen Ebenen. So wurde eine Koordinierungsstelle Klimaschutz in der Potsdamer Verwaltung eingerichtet und ein Klimarat etabliert. Der Klimarat fungiert als Steuergruppe, Mitglieder sind neben dem Oberbürgermeister (OBM) Vertreter der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Eine Mitgliedschaft im Klimabündnis sowie SVV-Beschlüsse bezüglich der Erfüllung von Klimaschutzziele in Potsdam stehen für das Bekenntnis zum Klimaschutz der Stadt Potsdam seitens der Politik. Und nicht zu Letzt ist die Beauftragung für dieses Klimaschutzkonzept ein weiterer Schritt auf dem Weg zur leitbildhaften Implementierung des Klimaschutzes in Potsdam.

Klimaschutz muss auf allen Ebenen stattfinden. In den Teilkonzepten, die zur Erstellung dieses Gutachtens von der LHP beauftragt wurden, werden Lösungsansätze zur Erreichung der Klimaschutzziele in den verschiedenen Handlungsfeldern gegeben. Darüber hinaus bedarf es zum wirksamen Klimaschutz in einer Stadt aber auch Maßnahmen die jenseits der großen Einsparpotenziale symbolische Strahlkraft haben, mit denen die Stadt sich, für den Klimaschutz profilieren und Glaubwürdigkeit demonstrieren kann. Man kann solche Maßnahmen auch als eine ganzheitliche Herangehensweise betrachten, denn es geht dabei auch darum, dass alle Akteure in einer Stadt mit eingebunden werden und eben nicht nur jene, die (strukturell bedingt) viel CO₂ einsparen können. In dem vorliegenden Gutachten werden die Maßnahmen, die im Wesentlichen symbolischer Art sind und vor allem die Öffentlichkeit ansprechen sollen, entwickelt und dokumentiert (vgl. Kapitel 12). Ganzheitlichkeit bedeutet aber auch, dass die Administration und Politik der Stadt ebenfalls eingebunden werden muss. Gründe dafür wurden bereits genannt, aber es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die städtische Verwaltung so einer Vorbildfunktion nachkommt und zeigt, wie ganzheitlicher Klimaschutz möglich ist. Durch Integration von Klimaschutzstandards in der Verwaltung sind die Voraussetzungen für eine institutionalisierte Durchdringung des Themas geschaffen – der Klimaschutz ist Teil der Regel nicht der Ausnahme und zwar auch auf höchsten institutionellen Ebenen. Nicht zu unterschlagen ist, dass Klimaschutz auch finanzielle Ressourcen in einem nicht unerheblichen Maße „schützt“, wie in den folgenden Ausführungen zu erkennen ist. Es kann also noch ein Zusatznutzen aus dem Klimaschutz gezogen werden und freiwerdende Mittel können anderweitig verwendet werden.

Dem Titel des Kapitels „Übergreifende Handlungsfelder und Maßnahmen“ wird insofern Rechnung getragen, als dass die folgenden Vorschläge vor allem auf die Zielgruppen Verwaltung und Politik abzielen. Da diese beiden Zielgruppen in sehr heterogenen Feldern wirken, kann eine Implementation von Maßnahmen, die auf die Verwaltung und Politik abzielen durchaus übergreifende Handlungsfelder betreffen.

6.1 Ausgangslage

Die wesentlichen Punkte zur Ausgangslage wurden bereits in Abschnitt A dargelegt. In dem folgenden Kapitel wird die Ausgangslage in Teilen detaillierter erläutert, um so gerade die Administration betreffend übergreifende Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Klimaschutz hat in Potsdam schon lange eine Relevanz. Die Landeshauptstadt Potsdam ist bereits seit dem 25.11.1995 Mitglied im Klimabündnis und organisiert und initiiert seither in diesem Rahmen die Teilnahme an Wettbewerben und Kampagnen im Handlungsfeld Klimaschutz. Als rechtliche Grundlagen für die Mitgliedschaft im Klimabündnis gelten die die Beschlüsse der Stadtverordneten von 1995 und von 2006 (Vorlage: Nr. 95/057 und Vorlagentext 06/SVV/0230). Das Klimabündnis ist ein Zusammenschluss Europäischer Städte und Gemeinden, die eine Partnerschaft mit den indigenen Völkern der Regenwälder eingegangen sind (vgl. Klimabündnis (2010)). Die Mitgliedsstädte und -gemeinden engagieren sich für den globalen Klimaschutz und haben sich die folgenden drei übergeordneten Ziele gesetzt:

- Verringerung der Treibhausgasemissionen;
- Unterstützung der indigenen Völker;
- Erhalt der Tropenwälder und ihre biologische Vielfalt (vgl. Klimabündnis (2010)).

Aus der Mitgliedschaft im Klimabündnis folgt gemäß dem ersten der genannten Ziele eine Verpflichtung zur Reduktion der Treibhausgase in der Stadt um 10 % alle 5 Jahre und langfristig werden Emissionen pro Person und Jahr von 2,5 t CO₂ angestrebt (vgl. Klimabündnis (2010)): Weiterhin ist Teil der Mitgliedschaft im Klimabündnis die regelmäßige Berichterstattung zum Stand des Klimaschutzes in der Stadt, so werden die Entwicklungen im Klimaschutz dokumentiert.

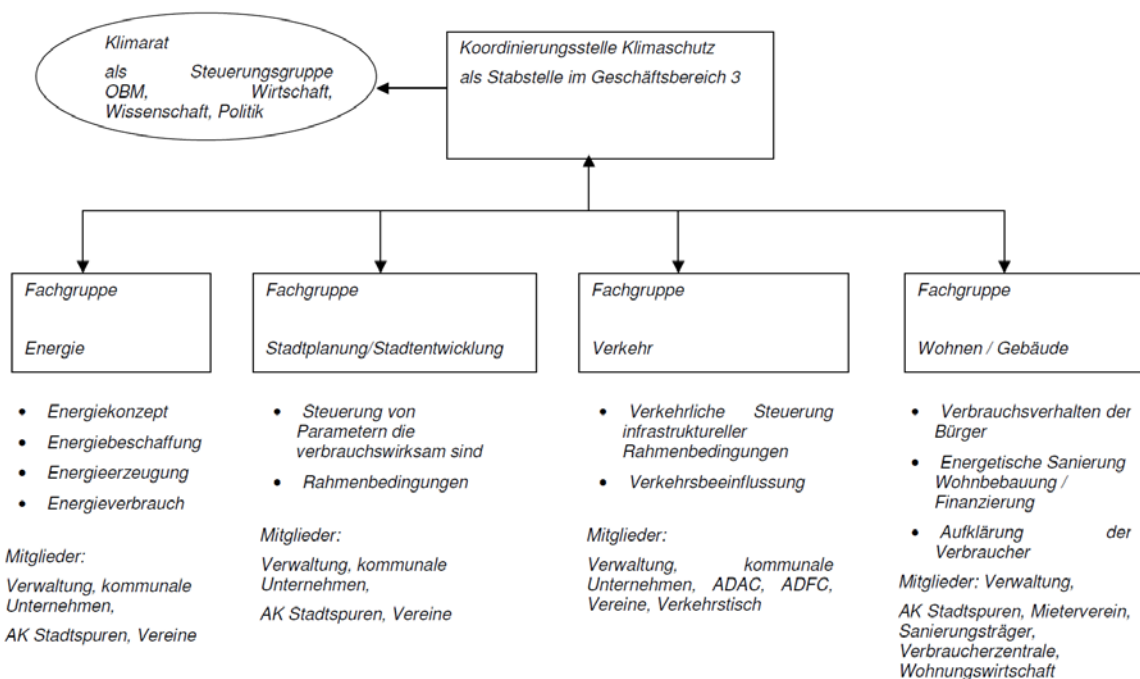
Die ersten internen Berichte über die Maßnahmen zur CO₂-Verringerung durch die Stadtverwaltung wurden in den Jahren 1997 und 1998 verfasst. Im Jahr 2000 folgte der erste Klimaschutzbericht der LHP, der die Treibhausgasemissionen in der Stadt dokumentiert. Für die Jahre 2003, 2005 und 2008 folgten weitere Klimaschutzberichte.

Zur Erstellung der Bilanzen wurden in der Verwaltung der Stadt die personellen Voraussetzungen geschaffen, ein städtischer Energiebeauftragter ernannt und eine Sachbearbeiterstelle für Klimaschutz geschaffen (vgl. Landeshauptstadt Potsdam (2000)). Später wurde die Koordinierungsstelle Klimaschutz geschaffen, die unter anderem mit der Dokumentation und Bilanzierung der Treibhausgasemissionen befasst ist.

Neben dem Beitritt der LHP zum Klimabündnis hat ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im April 2007 zu einer weiteren Treibhausgasreduktionsverpflichtung geführt: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt (...) ein Maßnahmenpaket vorzulegen, mit dem mittelfristig und dauerhaft (...) eine Absenkung des CO₂-Ausstoßes um mindestens 20 % erreicht werden kann.“ (Vorlagentext 07/SVV/0221)

Basis an Hand derer das Reduktionsziel von 20 % bis zum Jahr 2020 geschafft werden soll ist das Jahr 2005. Damit ist das Ziel ehrgeizig, denn durch die Umstrukturierung und dem Neubau des GuD-Kraftwerks, wurden bereits vor 2005 große Reduktionen in den CO₂-Emissionen erzielt. Als wesentliche Instrumente zur Erreichung der Ziele wurde im Jahr 2008 die Projektstruktur Klimaschutz eingerichtet, sie umfasst einen Klimarat, vier Facharbeitsgruppen und die Koordinierungsstelle Klimaschutz als Stabsstelle im Geschäftsbereich 3 (Soziales, Jugend, Ordnung und Umweltschutz) (vgl. Abb. 6.1; Landeshauptstadt Potsdam (2009); Vorlagentext 07/SVV/0221; Vorlagentext 07/SVV/0979; Vorlagentext 08/SVV/0473, Vorlagentext 08/SVV/0860).

Übergeordnetes Ziel der Projektstruktur ist die Entwicklung eines Maßnahmenpakets zur mittelfristigen und dauerhaften Reduktion von CO₂-Emissionen um 20 % bis 2020 (vgl. Vorlagentext 07/SVV/0221). Unter diesen strukturellen Begebenheiten wurde ein Konsortium mit dem vorliegenden Gutachten betraut.



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam (2009)

Abb. 6.1: Projektstruktur Klimaschutz in der LHP

Wie in den vorherigen Abschnitten beschrieben, werden hier Maßnahmen vorgeschlagen, die verschiedene, übergreifende Handlungsfelder berühren. Die Handlungsmöglichkeiten gerade in der Administration und Politik einer Stadt bestehen im Wesentlichen aus Beschlüssen der legitimierten Gremien, hier der Stadtverordneten Versammlung der Landeshauptstadt Potsdam. Als solche Maßnahmen werden an dieser Stelle folgende vorgeschlagen:

- Umorganisation der Koordinierungsstelle Klimaschutz,
- Einführung eines Klimachecks für SVV-Beschlüsse,

- Einrichtung eines Klimaschutzfonds,
- Förderung von effizientem Verhalten in der Verwaltung,
- Einführung eines klimaschutzbezogenen Bonus-Malus-Systems in der Vergütung von Entscheidungsträgern,
- Implementierung des Klimaschutzes bei Ausschreibungen, Investitionen und Beschaffung und
- Monitoring und Evaluierung der Fortschritte.

6.2 Maßnahmen bis 2020

Umorganisation der Koordinierungsstelle Klimaschutz

Die Koordinierungsstelle Klimaschutz ist derzeit dem Geschäftsbereich 3 (Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz) untergeordnet. Aufgaben, die den Bereich Klimaschutz betreffen, fallen ebenso in die Geschäftsbereiche 2 (Bildung, Kultur und Sport) und 4 (Stadtentwicklung und Bauen). Zur Effizienzsteigerung der Arbeit und um den geschäftsbereichsübergreifenden Aufgabenspektrum gerecht zu werden, sollte die Koordinierungsstelle aus den bestehenden Strukturen herausgelöst werden und nicht mehr in Verantwortung gegenüber der Verwaltung, sondern gegenüber der SVV stehen. Ähnliche Organisationsstrukturen sind in der LHP in den Bereichen Wirtschaftsförderung und Marketing/ Kommunikation etabliert. So können unabhängiger und effizientere Arbeitsabläufe gewährleistet werden. Und die Koordinierungsstelle Klimaschutz kann den Querschnittsaufgaben Klimaschutz und -anpassung auch strukturell gerecht werden.

Außerdem sollte die Koordinierungsstelle Klimaschutz als gutes Beispiel für energieeffizientes Arbeiten dienen. Entsprechend dieser Vorbildfunktion wäre es hilfreich, wenn die Koordinierungsstelle in einem energieeffizienten Büro untergebracht und mit energieeffizienten Geräten ausgestattet wird.

Klimacheck für SVV-Beschlüsse

Das Thema Klimaschutz muss durchgängig bei allen anstehenden Entscheidungen im Auge behalten werden, sonst können keine relevanten Effekte erwartet werden. Und nahezu alle Beschlüsse der SVV haben Auswirkungen auf künftige Emissionen klimarelevanter Gase. Mit einem Klima-Check für SVV-Beschlüsse sollen die Auswirkungen der Beschlüsse hinsichtlich der Klimarelevanz bewertet werden und so die SVV für das Thema Klimaschutz sensibilisieren. Der Demographie-Check ist ein vergleichbares Instrument, das bereits etabliert ist. Ein Klima-Check für SVV-Beschlüsse wird von der Koordinierungsstelle Klimaschutz erarbeitet.

Klimaschutzfonds

Einrichtung eines Klimaschutzfonds durch die Politik nach Vorbild des Bürgerfonds Brandenburg. Träger bzw. Verwalter des Fonds ist die EWP. Bürger zeichnen Anteile zwischen 1.000 und 20.000 Euro, die Laufzeit beträgt 10 Jahre und die Verzinsung ist festgeschrieben. Gelder werden vor Ort in erneuerbare Energien oder andere klimaschützende Projekte

investiert. Die lokale Wirtschaft wird durch diese Projekte gestärkt ebenso wie die Kundenbindung der Potsdamer Bürger an die EWP. Die EWP erhält zusätzliche Finanzmittel, die mit gesenkten Renditeerwartungen investiert werden können (vgl. Vorlagentext 09/SVV/1075).

Effizientes Verhalten in der Verwaltung

Schulungen und Training für Mitarbeiter der Verwaltung für energie- und ressourceneffizientes Verhalten in der Verwaltung. Allein im Bereich Strom kann durch richtiges Nutzerverhalten bis zu 15 % eingespart werden – in ähnlichen Kampagnen wurde eine Ersparnis von rund 10 % erreicht. Im Bereich Heizen, Lüften und Wasser ist ebenfalls ein sehr hohes Einsparpotenzial vorhanden. Quantifizierungen sind in diesem Bereich wesentlich schwieriger, aber eine Einsparung von 5 % kann als realistisch gewertet werden. Die Kosten für Schulung und Kampagnen werden auf ca. 5.000 Euro pro Jahr geschätzt bei Einsparungen durch gesunkene Energiekosten von ca. 40.000 Euro/a. Die Kampagne kann ausgeweitet werden auf ein energiesparendes Fahrtraining bei Dienstfahrten.

Klimaschutzbezogenes Bonus-Malus-System in der Vergütung von Entscheidungsträgern von städtischen Unternehmen

Die Vergütung in städtischen Betrieben richtet sich auch jetzt schon nach Erfolgsfaktoren. Bei Abschluss neuer Verträge soll ein Faktor integriert werden, der die Erfolge beim Klimaschutz bewertet, wie z. B. je nachdem, ob der Energieverbrauch im Verantwortungsbereich gestiegen oder gesunken ist. Eine Koppelung an den Energieverbrauch ist insofern günstig, als sich Energieverbrauch in Kosten beziffern lässt mit denen das Bonus-Malus-System gegenfinanziert werden kann. Da Kosten die durch Energieverbrauch entstehen ohnehin bilanziert werden sind nur geringe Kosten für eine Bilanzierung und Bewertung zu erwarten.

Klimaschutz bei Ausschreibungen, Investitionen und Beschaffung

Klimaschutz auf allen Ebenen bedeutet, dass Klimaschutzfaktoren bei Ausgaben durch die LHP berücksichtigt werden müssen. Bei Ausschreibungen müssen Klimaschutzfaktoren integriert werden, bei Investitionen müssen Lebenszyklusanalysen und Annuitäten betrachtet werden, und bei der Beschaffung dürfen klimarelevante Kriterien nicht unberücksichtigt bleiben (vgl. Hochbauamt Frankfurt/M. (2010)).

Monitoring und Evaluierung der Fortschritte

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen regelmäßig und dauerhaft auf Durchführung und Nutzen überprüft werden. Die LHP hat sich im Rahmen des Klimabündnisses verpflichtet, regelmäßige Klimaschutzberichte herauszugeben. Künftig sollen Evaluierung und Monitoring des vorgelegten Klimaschutzkonzepts Teil des Klimaschutzberichts werden.

Literaturverzeichnis

- Hochbauamt Frankfurt/M. (2010): Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen 2010.
<http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/Leitlinien-wirtschaftliches-Bauen-2010.pdf>. 15. September 2010.
- Klimabündnis (2010): Climate Alliance.
<http://www.klimabuendnis.org/our-objectives0.html?&L=1>. 15. September 2010.
- Landeshauptstadt Potsdam (2000): Klimaschutzbericht Potsdam 2000.
http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10058320_934135/e202b649/Klimaschutzbericht2000.pdf. 15. September 2010.
- Landeshauptstadt Potsdam (2009): Klimaschutzbericht Potsdam 2008.
http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10058320_934135/911dc5a4/Bericht2008_Endfassung_SVV-Vorlage_09-11-2009.pdf. 15. September 2010.
- Vorlagentext 06/SVV/0230: Beschluss der 25. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam am 03.05.2006. Klimaschutzbericht. Vorlage: 06/SVV/0230.
http://egov.potsdam.de/bi/___tmp/tmp/45081036585185083/585185083/2416301/00223852/52-Anlagen/01/BESCHLUSS.pdf. 10.09.2010.
- Vorlagentext 07/SVV/0221: Beschluss der 35. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam am 04.04.2007. Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Vorlage: 07/SVV/0221
http://egov.potsdam.de/bi/___tmp/tmp/45081036452377607/452377607/2330700/00241823/23-Anlagen/01/BESCHLUSS.pdf. 10.09.2010.
- Vorlagentext 07/SVV/0979: Beschluss der 42. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam am 05.12.2007. Energieforum. Vorlage: 07/SVV/0979.
http://egov.potsdam.de/bi/___tmp/tmp/45081036585185083/585185083/7218548/00255939/39-Anlagen/01/BESCHLUSS.pdf. 10.09.2010.
- Vorlagentext 08/SVV/0473: Vorlage: 08/SVV/0473
- Vorlagentext 08/SVV/0860: Vorlage: 08/SVV/0860
- Vorlagentext 09/SVV/1075: Beschluss der 15. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam am 27.01.2010. Bürgerfonds. Vorlage: 09/SVV/1075
http://egov.potsdam.de/bi/___tmp/tmp/45081036585185083/585185083/857769/00301737/37-Anlagen/01/Beschluss.pdf. 10.09.2010.